

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-20-50/24

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 24.09.2024

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Satzung der Stadt Brück über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze
(Hebesatzsatzung)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Ja

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: Ja mit 67.000 €, 462.000 €, 900.000 €

Produktkonto: 61100, 401100, 401200, 401300 FinanzH: ErgebnisH: 2025

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AFSV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-20-50/24

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brück beschließt die beiliegende „Satzung der Stadt Brück über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze“ (Anlage 1 - Hebesatzsatzung).

Die Hebesätze der Realsteuer werden im § 1 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) v.H.

2. Gewerbesteuer

323 v.H.**Unterschrift / Datum:**

 Vorsitzender der SVV
Begründung

Durch das am 02.12.2019 verkündete Grundsteuer-Reformgesetz mussten alle Eigentümer von Grund und Boden Grundsteuererklärungen gegenüber dem Finanzamt abgeben. Durch neue Berechnungsgrundlagen erfolgte eine Neubewertung der Grundstücke, was zur Folge hatte, dass sich auch die einzelnen Grundsteuermessbeträge geändert haben.

Diese Grundsteuermessbeträge für 2025 lagen mit Stand 02.10.2024 zu 80% für die Stadt Brück in der Amtsverwaltung vor.

Da durch die Grundsteuerreform keine Mehr- oder Mindereinnahmen für die Gemeinden geschaffen werden sollen, mussten auch die einzelnen Hebesätze neu kalkuliert werden.

Gleichzeitig muss auch die Erhöhung der Beiträge an die Wasser- und Bodenverbände von 2015 bis 2024 in Höhe von 21.800,- € in den neuen Hebesätzen dargestellt werden.

Bei der Kalkulation der Hebesätze für die Grundsteuer A und B war zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der Einbeziehung der Bodenrichtwerte in die Berechnung der Grundsteuermessbeträge, diese Grundsteuermessbeträge sich teils erheblich geändert haben.

	Hebesatz 2024	Hebesatz 2025
Grundsteuer A	600	600
Grundsteuer B	405	380
Gewerbesteuer	323	323

Durch die Änderung der Grundsteuer B, welche auch vorher eine Bewertung durch das Finanzamt hatten, gibt es folgende Änderungen bei den Grundstückseigentümern:

ca 19% haben eine verringerte Grundsteuerbelastung von mehr als 50,-€
ca 24% haben eine gleichbleibende Grundsteuerbelastung
ca 57% haben eine erhöhte Grundsteuerbelastung von mehr als 50,-€

Durch die Aufwertung der Grundstücke kommt es in Teilen vom Gebiet der Stadt Brück natürlich zu einer höheren Steuerbelastung, da oft die letzten Bewertungen durch das Finanzamt 50 Jahre und mehr zurückliegen.

In Summe haben die Steuerpflichtigen, welche Ersatzbemessung hatten, eine gleichbleibende Steuerbelastung

Im Bereich der Grundsteuer A erfolgt ab 2025 eine Umverteilung vom Pächter auf den Verpächter.

Dieses erfordert zur Zeit noch eine arbeitsintensive Prüfung durch die Amtsverwaltung. Deshalb ist es zur Zeit nicht möglich eine Auswertung analog der Grundsteuer B durchzuführen.

Der Hebesatz der Gewerbesteuer liegt aktuell unter dem Landesdurchschnitt (335 v.H.). Es wird empfohlen, diesen Wert zukünftig anzupassen, weil für die Berechnung der Steuerkraftzahl der Landesdurchschnitt herangezogen wird, und der Stadt Brück ansonsten Nachteilen entstehen.

Deshalb schlägt die Amtsverwaltung folgende Hebesätze ab 2025 vor:

1. Grundsteuer

- a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) **600 v.H.**
- b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) **380 v.H.**

2. Gewerbesteuer **323 v.H.**

Augrund der andauernden Bearbeitung seitens des Finanzamtes und der Amtsverwaltung, kann es erforderlich sein, die vorgeschlagenen Hebesätze der Grundsteuer A und B bis zur endgültigen Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung nochmals anzupassen.

Anlagen:

- Entwurf Hebesatzsatzung

